



NATÜRLICH FAIR

## PRESSEINFORMATION

### **Wähle Fairen Handel!**

**Über 400 KandidatInnen zum EU-Parlament, darunter die österreichischen SpitzenkandidatInnen Freund, Lunacek, Ehrenhauser und weitere 10 KandidatInnen von SPÖ, ÖVP, Grüne, Neos und Europa Anders, sowie drei SpitzenkandidatInnen für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten - Schulz, Juncker und Keller – unterstützen Fairen Handel und Forderungen nach mehr Handelsgerechtigkeit.**

(22.5.2014, Wien/Köstendorf) „Vote for Fair Trade“ – „Wähle Fairen Handel“ heißt die Kampagne, die Organisationen des Fairen Handels aus ganz Europa anlässlich der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament durchführen. Das Ziel: Fairer Handel und seine politischen Anliegen sollen in der kommenden Legislaturperiode auf die Tagesordnung des Parlaments.

„Es geht darum Spielregeln zu verankern, die sicherstellen, dass nicht nur innerhalb der EU, sondern auch in den Außenhandelsbeziehungen der EU die Interessen und Bedürfnisse der schwächsten Marktteilnehmer – KleinproduzentInnen und ArbeiterInnen - respektiert werden,“ erklärt Sergi Corbalán, Leiter des Fair Trade Advocacy Büros in Brüssel, das die europaweite Aktion koordiniert. Um dafür Unterstützung zu bekommen, wurde das „Manifest des Fairen Handels“ formuliert und KandidatInnen zur EU-Parlamentswahl um Unterzeichnung ersucht.

„Mit ihrer Unterschrift verpflichten sich die KandidatInnen, in ihrer Arbeit im Europaparlament für Fairen Handel und Handelsgerechtigkeit einzutreten“ erklärt Stefan Grasgruber-Kerl von Südwind. Gemeinsam mit EZA Fairer Handel kontaktierte die entwicklungspolitische Organisation die jeweils ersten zehn KandidatInnen von SPÖ, ÖVP, Grünen, Neos und Europa anders.

Bis dato liegen den OrganisatorInnen 13 unterzeichnete Erklärungen vor, darunter der Spitzenkandidat der SPÖ, Eugen Freund, sowie der SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried, die Spitzenkandidatin der Grünen und EU-Parlamentariern Ulrike Lunacek, der Spitzenkandidat von Europa anders, Martin

Ehrenhauser, sowie jeweils eine Erklärung eines Kandidaten der ÖVP und der Neos.

Auf europäischer Ebene wurde das Manifest von über 400 KandidatInnen unterschiedlicher politischer Lager unterzeichnet. Interessierte BürgerInnen können sich auf einer interaktiven Europakarte einen Überblick dazu verschaffen. [www.fairtrade-advocacy.org/map](http://www.fairtrade-advocacy.org/map)

„Die Unterzeichnung des Manifests ist für uns eine wichtige Willenserklärung auf die wir nach den EU-Wahlen zurückkommen werden,“ erklärt Andrea Reitinger von EZA Fairer Handel. „Ob Armut weiter wächst oder wirksam bekämpft wird hat auch damit zu tun wie internationaler Handel gestaltet wird. Mehr Transparenz, eine konsequente Ausrichtung an sozialen und ökologischen Kriterien und wirksame Mechanismen, um Verstöße zu ahnden - das sind wichtige Felder, die in der nächsten Legislaturperiode angegangen werden müssen – auch und vor allem im Rahmen der EU.“

Die Bewegung des Fairen Handels umfasst rund 2,5 Millionen ProduzentInnen und ArbeiterInnen in 70 Ländern der Welt, 24 Fairtrade-Gütesiegelinitiativen, 500 spezialisierte Fair Trade Importorganisationen, 4.000 Weltläden und mehr als 100.000 Freiwillige, die sich in der Bewegung engagieren. Das Fair Trade Advocacy Büro in Brüssel wird von den drei großen europäischen und internationalen Netzwerken des Fairen Handels getragen (Fairtrade International, World Fair Trade Organisation-Europe, European Fair Trade Association). [www.fairtrade-advocacy.org](http://www.fairtrade-advocacy.org)

Fotodownload: Sergi Corbalán vom Fair Trade Advocacy Büro im Weltladen im 1. Bezirk in Wien. : LINK

Rückfragen:

**Andrea Reitinger**

EZA Fairer Handel  
T: 06216/20200-24  
andrea.reitinger@eza.cc  
www.eza.cc

**Stefan Grasgruber-Kerl**

Südwind  
T: 01/405 55 15 – 303  
Mobil: 0699 100 400 79  
stefan.grasgruber-kerl@suedwind.at  
www.suedwind-agentur.at



*Diese Presseaussendung wird mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union durchgeführt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der durchführenden Organisationen wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Union dar.*